„Mitten im Krieg“

befinden wir uns nach der Darstellung eines so genannten überparteilich organisierten Ansbacher Friedensbündnisses, das vor keiner Maßlosigkeit zurückschreckt, wenn es darum geht, die beabsichtigte Siedlung der Amerikaner am Urlas zu bekämpfen. Das Bündnis sieht darin sogar die Vorbereitung eines verfassungswidrigen Angriffskrieges. Ein offener Antiamerikanismus soll dazu herhalten, das neue Wohngebiet für die US-Truppen zu verhindern. Daneben werden nebulös irgend welche Umweltgefährdungen behauptet.

Das Gegenteil ist der Fall: Das Gebiet, das mit Wohnungen und der entsprechenden Versorgungsinfrastruktur bebaut werden soll, wird sorgfältig auf Schäden durch die frühere militärische Nutzung im Boden untersucht und gegebenenfalls saniert. Es werden dort auch keine Hubschrauber stationiert, sondern amerikanische Soldaten sollen dort für sich und ihre Familien angemessene Unterkünfte und eine Versorgung bis hin zu medizinischen Leistungen erhalten.

Mit keinem Wort geht das „überparteiliche Friedensbündnis“ darauf ein, dass die Amerikaner in Ansbach ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor sind. Darüber hinaus bieten sie mehreren 100 Zivilangestellten begehrte Arbeitsplätze. All das wäre gefährdet, wenn die US-Truppen keine entsprechenden Möglichkeiten zur Unterbringung und Versorgung ihrer Soldaten vorfänden. Denn die Alternative geht nicht dahin, dass der derzeitige Status an wirtschaftlichem Potential und Arbeitsplätzen erhalten bliebe, sondern dass die US-Truppen, wenn Sie hier keine Entfaltungsmöglichkeiten haben, abzögen. Es gibt nur noch wenige US-Standorte in Deutschland und wir sollten nicht Unannehmlichkeiten und Risiken herbeireden, sondern lieber unsere Stadt als attraktiven Standort darstellen. Ganz zu schweigen davon, dass die Bevölkerung die Amerikaner als willkommene Freunde in unserer Stadt empfindet.

Selbstverständlich haben die Bürger Anspruch auf eine umfassende Information, was am Urlas entsteht. Dies ist aber zu unterscheiden von hysterischen Schreckensmeldungen über Gefahren für Frieden, Umwelt und die Menschen. Die Stadt Ansbach wird selbstverständlich im Wege der Anhörung eine Stellungnahme abgeben. Sie wird das tun, wenn der entsprechende Verfahrensstand erreicht ist und genauere Planungen vorliegen.

Klaus Dieter Breitschwert, MdL
Bürgermeister der Stadt Ansbach

Herausgeber: Stadt Ansbach
Redaktion: Amt für Öffentlichkeitsarbeit & Marketing
Tel. 0981/ 51304, Fax: 0981/ 51303
E-Mail: pr@ansbach.de
V.i.S.d.P.: Holger Nießlein

FLZ, 24.02.2007